

Anlage zur Medieninformation

112 / 2013
Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Frank Wend

Durchwahl
Telefon +49 351 564-3040
Telefax +49 351 564-3049

presse@
smi.sachsen.de

Dresden,
25. Juni 2013

Extremistische Bestrebungen im Freistaat Sachsen im Jahr 2012

Rechtsextremismus

Mitgliederpotenzial

Personenpotenzial der Rechtsextremisten ist erneut gesunken / NEONATIONALSOZIALISTEN sind weiterhin anhängerstärkstes Lager des Rechtsextremismus in Sachsen

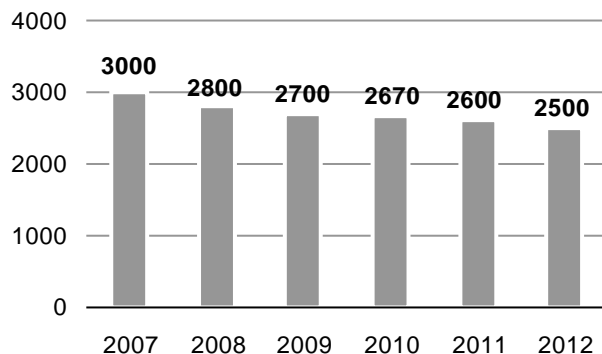
Das Personenpotenzial der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen ist 2012, wie in den Vorjahren, zurückgegangen. So ist die Anzahl der Rechtsextremisten auf ca. 2.500 gesunken, gegenüber etwa 2.600 im Jahr 2011. Es wurde damit ein Tiefpunkt erreicht, der nur in den Jahren 1995 und 1996 unterboten worden war.

Eine Ursache für den Rückgang ist vor allem der sich kontinuierlich fortsetzende Mitgliederverlust bei der NPD. Die Zahl der sächsischen NPD-Mitglieder sank um rund 8 %. Dem Landesverband gehörten damit 2012 ca. 700 Mitglieder an (2011: ca. 760).

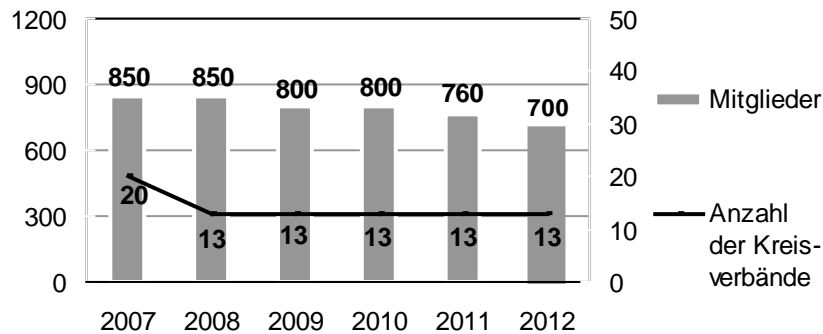
Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2-4
01097 Dresden

www.sachsen.de

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen

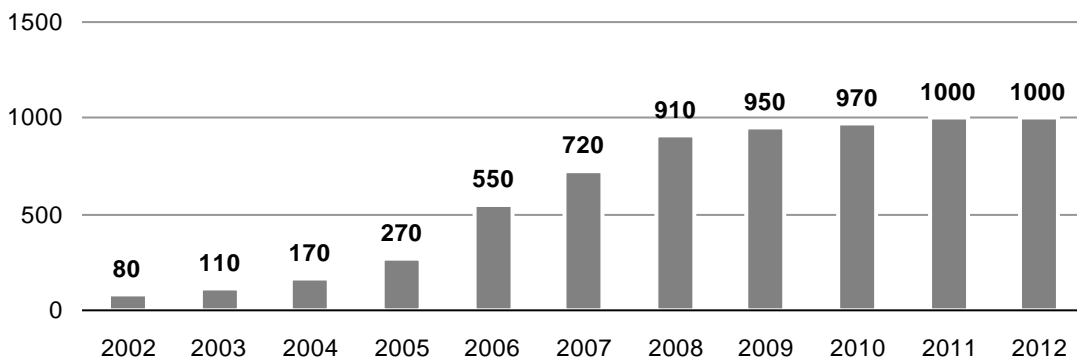


Mitgliederzahl und Anzahl der Kreisverbände der NPD im Freistaat Sachsen



Eine gegenläufige Entwicklung gab es in den letzten Jahren im Bereich der NEONATIONALSOZIALISTEN, deren Zahl bisher kontinuierlich anstieg. Sie behaupteten im Jahr 2012 ihre Stellung als zahlenmäßig bedeutendstes Lager im Bereich des Rechtsextremismus in Sachsen. Ihre Anhängerzahl verharrte mit ca. 1.000 Personen auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Personenpotenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen



Das Potenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten – diese Szene unterliegt einer ständigen Fluktuation – ist 2012 erneut gesunken. Ihm wurden ca. 800 Personen zugerechnet (2011: 850). Die Mitgliederzahl der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen blieb hingegen unverändert bei ca. 20 Personen.

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten¹ im Freistaat Sachsen wird für den Berichtszeitraum auf ca. 800 Personen geschätzt. Zu diesem Spektrum zählen insbesondere Angehörige der neonationalsozialistischen und der subkulturellen Szenen, aber auch vereinzelt Mitglieder der NPD.

¹ Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die NEONATIONALSOZIALISTEN sind die gefährlichste Teilmenge unter den Rechtsextremisten. Sie konnten ihr Personenpotenzial im Freistaat Sachsen bei ca. 1.000 Personen stabil auf dem Niveau des Vorjahres halten. Dies ist insofern bedeutsam, als die Zahl der Rechtsextremisten insgesamt sowohl im Freistaat Sachsen als auch bundesweit sinkt.

Dennoch konnten sich die NEONATIONALSOZIALISTEN im Jahr 2012 nicht mehr so öffentlichkeitswirksam in Szene setzen wie im Jahr zuvor. So war eine regelrechte Demonstrationsmüdigkeit zu beobachten. Es kam nicht nur zu einem Rückgang der Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen, es fehlte vielmehr schon an der Bereitschaft, solche Veranstaltungen zu planen und zu organisieren. Im Ergebnis gingen im Berichtsjahr lediglich zwölf von insgesamt 37 rechtsextremistischen Demonstrationen auf das Konto der NEONATIONALSOZIALISTEN. Im Gegensatz dazu hatten sie im Jahr 2011 mit 34 von insgesamt 47 solcher Veranstaltungen noch die „Demonstrationshoheit“ in der rechtsextremistischen Szene Sachsens.

NEONATIONALSOZIALISTEN sind überwiegend in festeren kameradschaftsähnlichen Strukturen organisiert. Die Szene vermeidet es jedoch, ihre Strukturen als Kameradschaften zu bezeichnen. Stattdessen werden bevorzugt wechselnde Begriffe wie FREIE KRÄFTE, NATIONALER WIDERSTAND, NATIONALE SOZIALISTEN oder aber Eigennamen wie z. B. REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) gewählt.

Sie haben in der Regel eine Führungsperson, einen relativ stabilen Mitgliederstamm und agieren vordergründig regional begrenzt. Die Führungspersonen sind jedoch überregional vernetzt. Dadurch besteht auch eine entsprechende Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit im Freistaat Sachsen sowie auch in angrenzenden Bundesländern.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Führungswechsel bei der Bundes- und der sächsischen Landes-NPD verschärfen den Konflikt mit NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Wahl Holger APFELS im November 2011 zum neuen NPD-Bundesvorsitzenden und die Wahl von Mario LÖFFLER zum Vorsitzenden des sächsischen NPD-Landesverbandes im Januar 2012 verschärfen den Konflikt zwischen der Partei und der neonationalsozialistischen Szene in Sachsen weiter. Neonationalsozialistische Kreise in Sachsen sind nicht bereit, dem gemäßigten Kurs von APFEL und LÖFFLER, zu folgen, und dabei „seriös um große Teile des deutschen Volkes werben“² zu müssen. Deutlich wurde das u. a. im folgenden Kommentar eines Szeneangehörigen:

„Während man unter Udo VOIGT und seinem Propagandisten Uwe MEENEN noch Kreuzworträtsel mit dem Lösungswort »Adolf« ausfüllen

² Internetartikel auf der Homepage der NPD Sachsen.

„durfte und der Parteichef höchstselbst in Lederkluft und Motorrad »Gas geben!« als politischen Wegweiser ausgab, darf man unter Holger Apfel nun von den Bemühungen einer prodeutschen Bewegung lesen. Die Radikalen sollen gehen und der Rest darf kommen.“³

In der NPD aktive ehemalige FREIE KRÄFTE waren offenbar nicht bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen aufzugeben. Infolgedessen verlor die Partei nicht nur in Chemnitz Personal. Auch langjährige NPD-Aktivisten, die in der Region Muldentalkreis die NPD aufgebaut hatten, traten aus der Partei aus.

Die bestehende Kluft zwischen der neonationalsozialistischen Szene und der NPD konnte auch der Vorsitzende LÖFFLER nicht überwinden. Er gab nach nur einem Jahr Amtszeit den Vorsitz im Januar 2013 ab. In Sachsen sind nach wie vor nur einzelne Teile dieser Szene bereit, mit der NPD zusammenzuarbeiten.

Die antieuropäischen und antiislamischen Kampagnen der NPD - mangelnde Mobilisierungsfähigkeit

Die Partei drängte im Jahr 2012 in Sachsen immer wieder mit Kampagnen in die Öffentlichkeit, die auch auf die kommenden Wahlen ausgerichtet waren. Dabei bezog sie antieuropäische sowie antiislamische Positionen.

Im ersten Halbjahr traten die Rechtsextremisten mit Informationsständen zum Thema „Raus aus dem Euro“ in Erscheinung.

Im August und September präsentierten sich Mitglieder der NPD-Fraktion bei einer „Sachsenrundreise“ in verschiedenen Städten ebenfalls mit Informationsständen.

Im Oktober und November 2012 organisierte der Landesverband in verschiedenen Städten Kundgebungen unter dem Slogan „Einmal Sachsen und zurück – Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen“.

Für die Durchführung ihrer Aktionen wählte die NPD überwiegend die unmittelbare Nähe von Asylbewerberheimen und Moscheen, die in einer Äußerung des NPD-Bundesvorsitzenden als „Ausgangspunkte der Überfremdung“ und „Schaltzentralen der Islamisierung“ bezeichnet wurden.

Vordergründiges Interesse der Partei ist neben der Verbreitung fremdenfeindlicher Ideologie auch die Vorbereitung ihrer Wahlkämpfe. So sei die Partei wahltaktisch gut beraten,

„die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden.“⁴

³ Auszug von der Internetseite MAUERBLÜMCHEN.

⁴ Auszug von der Internetseite der NPD in Sachsen.

Die genannten Aktivitäten wurden überwiegend nur von Funktionären getragen. Vor allem die geringe Beteiligung der Basis an der Kampagne im November und Oktober weist auf eine spärliche Motivation der Mitglieder hin. Die Parteiführung hat offenbar dem Hang ihrer Basis, Aktivitäten in Zeiträumen zwischen den Wahlen einzuschränken, nichts entgegenzusetzen. Auch das gestörte Verhältnis zwischen der NPD und Teilen der NEONATIONALSOZIALISTEN hatte Auswirkungen auf die öffentlichkeitswirksamen Aktionen der NPD. So war auch das dortige – von der NPD häufig in Anspruch genommene – Mobilisierungspotenzial rückläufig.

Im Hinblick auf ein neues NPD-Verbotsverfahren hat der Bundesrat im Dezember 2012 mit großer Mehrheit beschlossen, ein solches vor dem Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Das LfV Sachsen hatte – gemeinsam mit den anderen Verfassungsschutzbehörden – dem Bundesamt für Verfassungsschutz bereits im Vorfeld eine Vielzahl von Einzelbelegen und Erläuterungen für ein derartiges mögliches Verfahren übermittelt.

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) – die Jugendorganisation der NPD

Der Ausbau von JN-Strukturen

Im Dezember 2012 wurde begonnen, die Strukturen der JN in Sachsen auszubauen. Am 1. Dezember 2012 erfolgte im Rahmen eines so genannten „3. Tages der Heimat“ die Gründung des JN-Stützpunktes Dresden. Darüber hinaus wird seit Dezember 2012 im Internet über JN-Strukturen in Geithain (Landkreis Leipzig) und Werdau (Landkreis Zwickau) berichtet. Daneben ist die JN Sachsen in Wurzen (Landkreis Leipzig), Leipzig, Nordsachsen, der Sächsischen Schweiz sowie im Landkreis Meißen vertreten.

Die Mitgliederzahl der sächsischen JN, erreichte in den Jahren 2006 und 2007 mit 90 Mitgliedern ihren bisherigen Höchststand. Die Zahl stagniert seit dem Jahr 2009 bei ca. 50 Personen.

Die Aktivitäten der sächsischen JN waren trotz der neu geschaffenen Stützpunkte und gleichbleibender Mitgliederzahl im Berichtsjahr rückläufig.

Verhältnis der JN Sachsen zu den FREIEN KRÄFTEN

Die JN und die FREIEN KRÄFTE sind seit Jahren eng miteinander verbunden. Es bestehen vielfach personelle Überschneidungen und gute Verbindungen einzelner Führungspersonen der JN zur parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene. Wie bereits in den vergangenen Jahren beteiligten sich Vertreter der FREIEN KRÄFTE an Veranstaltungen der JN oder es wurden gemeinsame Veranstaltungen, wie beispielsweise ein Fußballturnier am 23. Juni 2012 in Delitzsch (Landkreis Nordsachsen), durchgeführt. Allerdings führten die langjährigen Bemühungen der JN, neue

Mitglieder aus den Reihen der FREIEN KRÄFTE zu rekrutieren, auch im Jahr 2012 kaum zum Erfolg.

Veröffentlichung der 9. Auflage der so genannten „Schulhof-CD“

Ende 2012 veröffentlichten die JN eine CD mit dem Titel „Die Zukunft im Blick“. Es handelt sich dabei um die 9. Auflage der so genannten „Schulhof-CD“, die die rechtsextremistische Szene seit 2004 herausgibt.

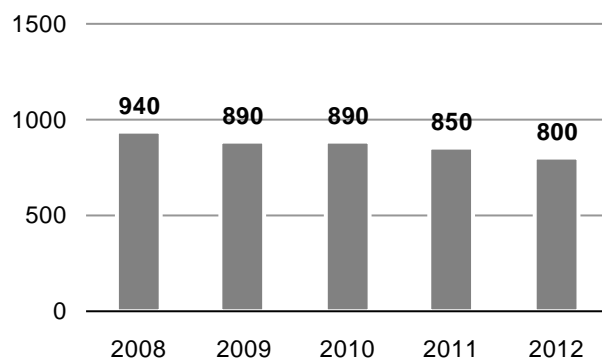
Die CD enthält sowohl Musik bekannter rechtsextremistischer Bands und Liedermacher als auch Propagandavideos der JN. Vor allem Jugendliche sollen auf die JN aufmerksam gemacht werden und für die rechtsextremistische Ideologie gewonnen werden. Bis zu ihrer Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) am 7. März 2013 wurde die CD mehrfach verteilt.

Subkulturelle Rechtsextremisten

Die subkulturell geprägte Szene ist Bestandteil der parteiungebundenen Rechtsextremisten. Sie zeichnet sich größtenteils durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus, die maßgeblich zu den rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten beiträgt. Die Anhänger sind nur selten in einer festen Struktur organisiert.

Das Potenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene ging im Jahr 2012 zurück auf ca. 800 Personen (2011: ca. 850). Damit folgt die Entwicklung dem rückläufigen Trend der Vorjahre.

Personenpotenzial der subkulturellen rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen

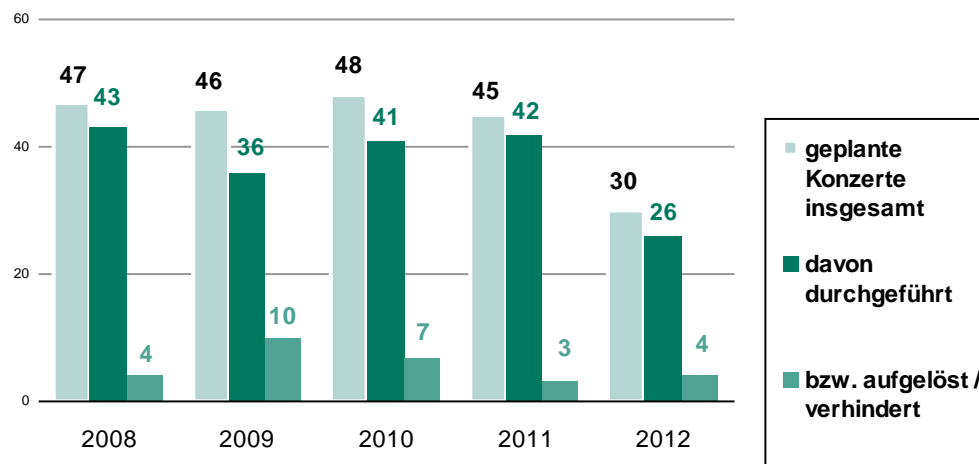


Bei den Aktivitäten der subkulturellen Rechtsextremisten steht die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten und an internen Veranstaltungen im Vordergrund. Die Bereitschaft zu selbstständiger und zielgerichteter politischer Arbeit ist in dieser Szene nur in geringem Maß vorhanden.

Rechtsextremistische Konzerte in Sachsen

Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte im Freistaat Sachsen ist erstmals seit 2003 deutlich gesunken. Wurden 2011 noch 45 solcher Veranstaltungen geplant, so waren es im Jahr 2012 nur noch 30. Von diesen wurden 26 durchgeführt – 16 Veranstaltungen weniger als im Vorjahr.

Rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen



Eine der Ursachen für den Rückgang war, dass die rechtsextremistische Szene Ende April 2012 in Rothenburg, Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz), eines ihrer wichtigsten Veranstaltungsobjekte in Sachsen aufgrund einer baurechtlichen Nutzungsuntersagung verloren hat.

Rechtsterroristische Terrorzelle NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU)

Am 4. November 2011 endete eine in Deutschland bislang beispiellose rechtsextremistische Mordserie. Mindestens zehn Menschen wurden mutmaßlich durch den NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU), bestehend aus Uwe MUNDLOS, Uwe BÖHNHARDT und Beate ZSCHÄPE, im Laufe von sieben Jahren ermordet. Während sich MUNDLOS und BÖHNHARDT nach ihrer Entdeckung im November 2011 das Leben nahmen, muss sich Beate ZSCHÄPE seit dem 6. Mai 2013 u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht München verantworten.

Der Generalbundesanwalt (GBA) hatte am 8. November 2012 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München Anklage gegen Beate ZSCHÄPE und vier mutmaßliche Unterstützer und Gehilfen des NSU erhoben. ZSCHÄPE wird vorgeworfen, sich als Gründungsmitglied des NSU mittäterschaftlich an der Ermordung von acht Mitbürgern türkischer und einem Mitbürger griechischer Herkunft, dem Mordanschlag auf zwei Polizeibeamte in Heilbronn sowie an den versuchten Morden durch zwei Sprengstoffanschläge in Köln beteiligt zu haben. ZSCHÄPE ist außerdem

hinreichend verdächtig, als Mittäterin für 15 bewaffnete Raubüberfälle verantwortlich zu sein. Weiterhin wird ihr zur Last gelegt, die Wohnung des NSU in Zwickau in Brand gesetzt und dadurch einen weiteren Mordversuch an einer Nachbarin und zwei im Haus befindlichen Handwerkern begangen zu haben.

Angeklagt sind auch vier mutmaßliche Unterstützer bzw. Gehilfen des NSU, davon zwei wegen Beihilfe zum Mord, da sie die Tatwaffe für die Morde an neun Personen ausländischer Herkunft beschafft haben sollen. Die beiden Weiteren sind wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung NSU angeklagt. Eine dieser vier Personen muss sich zudem wegen Beihilfe zu dem Sprengstoffanschlag im Jahr 2001 in Köln sowie wegen Beihilfe zum Raub verantworten. Gegen acht weitere mutmaßliche Unterstützer des NSU dauern die Ermittlungen noch an.⁵

Während es vor dem Oberlandesgericht München um die Frage der Schuld der jeweils Angeklagten geht, haben sich die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und mehrerer Landtage, darunter Sachsen, sowie die von Bund und Ländern eingesetzten Expertenkommissionen zum Ziel gesetzt, die Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden bei der Suche nach dem Trio umfassend aufzuklären. Dabei steht die gesamte Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland auf dem Prüfstand.

Der NSU und seine Taten sowie die Rolle der Sicherheitsbehörden wurden nicht nur in der rechtsextremistischen Szene, sondern auch im linksextremistischen und salafistischen Milieu im Freistaat Sachsen reflektiert, wenngleich mit jeweils unterschiedlicher Intensität. Ihr gemeinsamer Nenner ist der verschwörungstheoretische Versuch, den Staat als die eigentliche Kraft hinter der Mordserie darzustellen. Im Ergebnis instrumentalisieren Extremisten aller Phänomenbereiche die Verbrechen des NSU für ihre Zwecke.

Unabhängig davon ist es eine zentrale Aufgabe der Sicherheitsbehörden, insbesondere auch des Verfassungsschutzes, die richtigen Lehren aus den Ereignissen um den NSU zu ziehen, um Vergleichbares künftig zu verhindern.

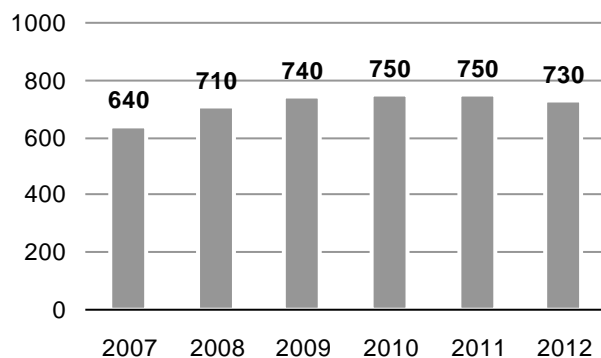
⁵ Pressemitteilung des GBA vom 08.11.2012, Nr. 32/2012.

Linksextremismus

Leichter Rückgang der Anzahl der Linksextremisten – Anziehungskraft der AUTONOMEN außerhalb Leipzigs sinkt

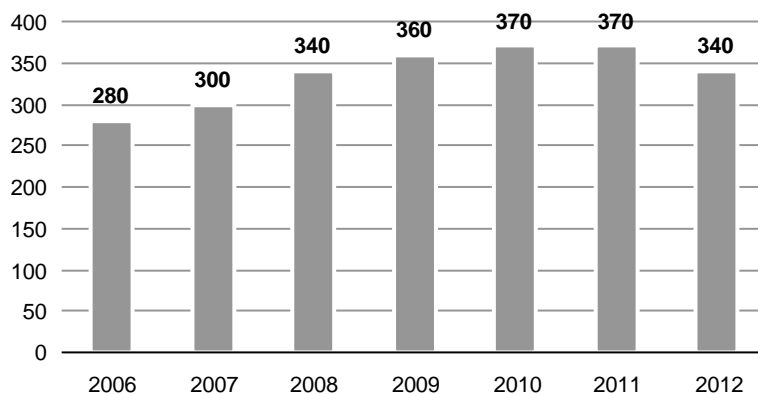
Die linksextremistische Szene verfügt über ein relativ stabiles Personenpotenzial, das in den letzten Jahren nur geringen Schwankungen unterlag. Im Jahr 2012 wurden im Freistaat Sachsen ca. 730 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Damit sank die Zahl der Linksextremisten gegenüber dem Vorjahr geringfügig um ca. 3 %.

Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Die AUTONOMEN stellen mit ca. 340 Personen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Deren Anhängerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 30 Personen (8%) gesunken. Ursächlich hierfür ist ein Rückgang der Anzahl AUTONOMER in Dresden sowie in mittleren und Kleinstädten. In der Stadt Leipzig, in der die meisten AUTONOMEN aktiv sind, blieb das Potenzial unverändert.

Entwicklung der Anzahl AUTONOMER im Freistaat Sachsen



Die den „Sonstigen linksextremistischen Gruppierungen“ zuzurechnende Anhängerschaft stieg um ca. 7 % auf ca. 140 Personen (2011: ca. 130). Die Zunahme resultiert aus einem Anstieg des Personenpotenzials der anarchistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) ab dem zweiten Halbjahr 2012.

Die Mitgliederanzahl der linksextremistischen Parteien und innerparteilichen Zusammenschlüsse umfasste im Berichtsjahr unverändert gegenüber dem Vorjahr ca. 250 Personen. Die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich ist nach wie vor die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern.

AUTONOME

AUTONOME bilden den weitaus größten Teil des gewaltbereiten linksextremistischen Potenzials. Sie orientieren sich oftmals an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Ihr Selbstverständnis ist von Anti-Einstellungen („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“, „antirassistisch“, „antimilitaristisch“, „antirepressiv“) und von der Vorstellung eines selbstbestimmten Lebens frei von jeglicher staatlicher Autorität geprägt. Sie verzichten meist auf feste Strukturen und Hierarchien.

Die Anwendung von Gewalt wird von AUTONOMEN als legitimes Element zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele angesehen und gerechtfertigt. Diese Gewalt richtet sich gegen Sachen, aber auch gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, Polizeibeamte und andere Repräsentanten staatlicher Einrichtungen. Eine typische Form autonomer Gewalt sind Straßenkrawalle im Zusammenhang mit Demonstrationen.

Die sächsische autonome Szene ist überwiegend „antideutsch“ ausgerichtet. Damit steht sie im Gegensatz zu vielen traditionell „antiimperialistisch“ eingestellten Gruppierungen der bundesweiten Szene.

Zentren sind die großen Städte

Zentren der autonomen Szene in Sachsen sind Leipzig und Dresden, in deren Szenevierteln die meisten AUTONOMEN leben; dort finden auch die meisten Aktionen statt. Kleinere autonome Szenen finden sich in Chemnitz und in der umliegenden Region sowie in Ostsachsen. In Klein- und Mittelstädten bestehen einzelne autonome Gruppen, die sich an Demonstrationen beteiligen und auch anderweitige eigene Aktionen durchführen.

Strukturelle Veränderungen innerhalb der autonomen Szene im Berichtszeitraum führten zu einem leichten Rückgang der Zahl ihrer Anhänger. Autonome Strukturen in Dresden und in einigen Landkreisen lösten sich auf oder stellten ihre Aktivitäten ein.

Leipzig hat die agilste und zahlenmäßig stärkste autonome Szene in Sachsen. Die ideologische Ausrichtung dieser Szene ist derzeit im Wandel begriffen. Die in der Vergangenheit vorherrschenden antideutschen Tendenzen verloren im Jahr 2012 erstmals an Bedeutung, ohne dass bislang eine andere ideologische Strömung erkennbar an ihre Stelle getreten wäre. Stattdessen deutet sich allerdings ein Erstarren anarchistischer Begründungsansätze an.

AUTONOME befürworten Militanz

Ein prägendes Merkmal der AUTONOMEN ist deren Militanz. Der Einsatz von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele und die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols ist für AUTONOME allgemein akzeptierter Grundkonsens.

Die linksextremistische KAMPAGNE 129EV, benannt nach § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung), die sich nach Ermittlungsmaßnahmen gegen Angehörige der autonomen Szene im April 2011 gebildet hat, rechtfertigt militante Aktionen als „Gegengewalt“ gegen die Bedrohung autonomer Freiräume:

„Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume, die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. (...) Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstandes ‚provokativ‘ verunmöglicht.“⁶

„Alltagsmilitanz unterschiedlichster Formen, sei es z. B. antifaschistischer Selbstschutz, antimilitaristische Aktionen, Attacken auf Polizeireviere oder das Besetzen von Häusern.“⁷

Die linksextremistische LEIPZIGER ANTIFA (LeA) bemüht sich, Maßstäbe dafür zu finden,

„(...) die Gewalt als politisches Mittel und schließlich als linksradikale Aktionsform qualifizieren.“⁸

⁶ Internetseite der KAMPAGNE 129EV, Beitrag „Repression auf mehreren Ebenen“ vom 23. Juni 2011, S. 1.

⁷ Ebenda, S. 4.

⁸ PHASE 2 Heft 30, Dezember 2008, S. 62.

Eine neue Tendenz – Autonomer Antikapitalismus als Mittel der Systemüberwindung

2012 gewannen anarchistische Begründungszusammenhänge an Bedeutung. Diese neue Entwicklung hat die anarchistische FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) ausgelöst, die zumindest in Teilen auch für AUTONOME anschlussfähig ist. Im Unterschied zu AUTONOMEN, die einen Schwerpunkt im Antifaschismus sehen, setzt die FAU-IAA ihren Schwerpunkt eher im Antikapitalismus.

Die seit Ende 2011 aktive UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) ist ein Beispiel für eine in ihren Zielsetzungen anarchistisch beeinflusste Gruppe. Sie öffnet sich stärker als noch ihre Vorgängergruppe – die 2011 aufgelöste AK ANTIFA – auch anarchistischen Argumentationsmustern und folgt so einem für aktionsorientierte Linksextremisten in Sachsen allgemein zu beobachtenden Trend. Ihr anarchistisches Gedankengut spiegelt sich bereits in der von ihr verwendeten Symbolik wider, zu der neben dem Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“ auch das so genannte „Anarchie“-Zeichen gehört, ein großes A im Kreis. Sie strebt eine nach ihrem Verständnis „hierarchielose Gesellschaft“ an, ein Ziel, das die Überwindung der parlamentarischen Demokratie einschließt.

„Antifaschismus“ ist das wichtigste Aktionsfeld AUTONOMER in Sachsen

Entsprechend ihrem Selbstverständnis organisieren sich AUTONOME nur selten in festeren Strukturen. Vielmehr gruppieren sie sich um politische Themenfelder. Zu den derzeit wichtigsten Aktionsfeldern sächsischer AUTONOMER gehören neben dem Antifaschismus Themen wie „Antirepression“, „Freiräume“, „Antirassismus“ und „Antikapitalismus“. Eine nur untergeordnete Bedeutung hat der „Antimilitarismuskampf“.

In Sachsen beschäftigen sich besonders die autonomen Antifa-Gruppen mit dem Kampf gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten sowie deren Unterstützer. Dabei grenzen sie sich von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab, da eine Unterstützung dieser Maßnahmen ihrem Kampf gegen das „System“ zuwiderlaufen würde.

Der „Antirepressionskampf“ und der „Freiraumkampf“ der AUTONOMEN

AUTONOME sind erklärte „System-Gegner“. Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein klassisches Aktionsfeld, das für sie seit dem Jahr 2011 in Sachsen zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Diese Bedeutung hält weiter an. Ursächlich dafür waren Durchsuchungsmaßnahmen der sächsischen Polizei⁹ wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung am 12. April 2011 in Sachsen – mit Schwerpunkt in Dresden – und in Brandenburg.

⁹ Siehe. Beitrag „Autonome Bestrebungen in Dresden“.

In der Folge entstand die gewaltbefürwortende linksextremistische KAMPAGNE 129 EV, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung für die Beschuldigten wirbt. Die Kampagne war auch 2012 aktiv. Sie richtete von Oktober 2011 bis zum Frühjahr 2012 bundesweit sogenannte „Informationsveranstaltungen“ zum Thema „staatliche Repression“ aus und veröffentlichte einen Aufruf für einen „bundesweiten Aktionstag gegen Repression“ am 8. Dezember. Ziel einer unangemeldeten Protestkundgebung an diesem Tag in Dresden sei es, eine breitere Öffentlichkeit zu einer Auseinandersetzung mit diesem „System“ aufzurufen.

„Selbstbestimmte Freiräume“ bedeuten für AUTONOME einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft. In „Freiräumen“ wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben ausprobieren. Sie stellen zudem die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereit und unterstützen den Informationsaustausch innerhalb der Szene.

Die Dresdner autonome Szene griff das Thema am 2. Juni 2012 bei einer Demonstration zum Thema „Selbstorganisation“ auf. Darin forderten Teilnehmer u. a. die „Unterstützung von (...) Freiräumen (...) als Keimzellen einer neuen politischen Ordnung“.

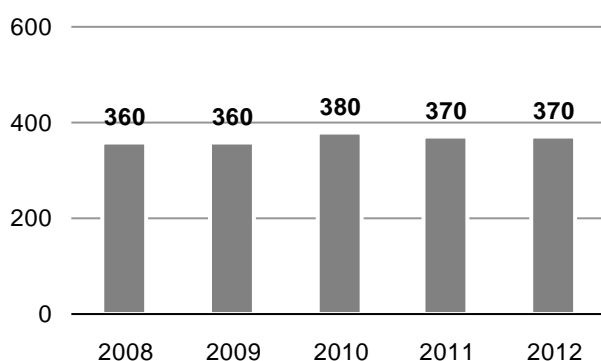
Leipziger AUTONOME beschäftigten sich stärker als zuvor mit dem als „Gentrifizierung“ bezeichneten Umstrukturierungsprozess von Wohngebieten infolge von Sanierungsmaßnahmen. Dabei geht es vor allem um eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Stadtteilen mit Szenepräsenz. AUTONOME befürchten, dass die Sanierung von Altbauten zu einer Verdrängung der Szene und damit zu einem Verlust autonomer „Freiräume“ führen könnte. In diesem Zusammenhang wurde auch zur Hausbesetzung aufgerufen.

Islamismus und Ausländerextremismus

Niedriges Mitgliederpotenzial

Im Freistaat Sachsen bewegt sich das islamistische und ausländerextremistische Personenpotenzial im Vergleich zu anderen Bundesländern seit Jahren auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau. Es umfasst gegenwärtig 370 Personen (2011: 370 Personen) und hat sich gegenüber dem Vorjahr zahlenmäßig nicht verändert.

**Islamistisches- ausländerextremistisches
Personenpotenzial im Freistaat Sachsen**



Bei den islamistischen Bestrebungen in Sachsen kam es zu einem geringen Zuwachs gegenüber 2011 auf ca. 190 Personen (2011: 170).

Ein anhaltender Rückgang zeigt sich in Sachsen dagegen im linksextremistischen ausländerextremistischen Spektrum, welches ca. 170 Personen umfasst (2011: 190, 2010: 200). Diesem werden insbesondere Angehörige der Nachfolge- und Nebenorganisationen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK), aber auch Anhänger iranischer Organisationen zugerechnet. Ihre Bedeutung ist seit Jahren kontinuierlich rückläufig.

Islamismus – Salafistische Bestrebungen

Salafismus – Die Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Begünstigung von Gewalthandlungen

Der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik beobachtet von einzelnen Moscheen, Vereinen und Personenzusammenschlüssen ausgehende salafistische Bestrebungen, weil sie Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik ablehnen. Auch begünstigen sie die Radikalisierung von Personen sowie das Begehen von Gewalthandlungen vor allem im Rahmen des Jihad.

Beim Salafismus handelt es sich um eine islamisch-extremistische Strömung, die sich am Koran, am Leben des Propheten Muhammad (Sunna), seiner Gefährten und deren Nachfolger orientiert. Nicht die Selbstbestimmung des Volkes bildet die Grundlage staatlicher Herrschaftsordnung, sondern ausschließlich der Wille Gottes. Die Ergebnisse demokratischer Prozesse werden als illegitim angesehen, da sie als Verletzung der Souveränität Gottes begriffen werden.

Salafisten sind bestrebt, in Anlehnung an die islamische Frühzeit, eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft zu errichten, in der Staat und Religion eine Einheit bilden. Sämtliche religiöse Neuerungen oder gar eine Fortentwicklung der Religion im Sinne einer Anpassung an bestehende Verhältnisse werden kategorisch abgelehnt. Angestrebt wird vielmehr eine Rechtsordnung, die sich an Koran und Sunna orientiert.

Salafistische Szene in Deutschland – Zwei Ausprägungen des Salafismus

Die salafistische Szene in Deutschland ist durch formelle und informelle Strukturen geprägt. Zurzeit ist sie überwiegend in lokale Vereine gegliedert; nur teilweise sind salafistische Personenzusammenschlüsse nicht in juristischen Personen organisiert, sondern allein durch informelle Lehrer-Schüler-Beziehungen strukturiert. Entsprechendes gilt auch für die transnationale Vernetzung salafistischer Gruppierungen.

Es sind zahlreiche salafistische Vereine wechselseitig vernetzt, wobei diese Verbindungen zum Teil verschleiert werden. Die tiefen ideologischen

Gemeinsamkeiten befördern in bestimmten Bereichen des Salafismus eine weitergehende organisatorische Verdichtung.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen zwei Varianten, dem politischen Salafismus und dem gewaltorientierten jihadistischen Salafismus. Auch wenn salafistische Bestrebungen verschiedene Schattierungen aufweisen, haben sie letztlich gleiche Ziele. Sie unterscheiden sich jedoch in der Wahl ihrer Mittel, um diese zu erreichen.

Jihadistische Salafisten wollen mittels Gewaltanwendung eine religiöse Gesellschafts- und Staatsordnung errichten. Um entsprechende Fähigkeiten dafür zu erlernen, begeben sich Salafisten in terroristische Ausbildungslager, z. B. in Afghanistan und Pakistan, oder sie unterstützen aktiv islamistisch-terroristische Aktivitäten bzw. planen und verüben eigene Anschläge.

Politische Salafisten sind vorrangig missionarisch in Moscheevereinen aktiv, sie verteilen Informationsmaterial und organisieren Veranstaltungen wie Islamseminare und Vortragsveranstaltungen in Moscheevereinen.

Die meisten Salafisten in Sachsen, sind im Umfeld der Al-Rahman-Moschee Leipzig anzutreffen.

Verbot salafistischer Vereinigung folgt Aufrufen zur Gewaltanwendung

Im Juni 2012 wurde die salafistische Vereinigung MILLATU IBRAHIM durch den Bundesinnenminister verboten. Dem waren u. a. Aufrufe von Anhängern der Organisation vorausgegangen, mit denen diese in aggressiv-kämpferischer Weise Muslime in Deutschland zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufgerufen haben. Der Einsatz von Gewalt wurde dabei als probates Mittel zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland betrachtet. Nach dem Verbot reisten zahlreiche Anhänger von MILLATU IBRAHIM nach Ägypten aus. Sie versuchen, von dort aus ihren Kampf fortzusetzen, indem sie Hasspropaganda über das Internet verbreiten und Glaubensgeschwister zum Verlassen von Deutschland auffordern.

Spionageabwehr

Ausländische Nachrichtendienste sind auch 2012 in der Bundesrepublik Deutschland aktiv gewesen. Wie in den Vorjahren zählen dazu chinesische und russische Nachrichtendienste sowie solche aus dem arabischen Raum.

Das Interesse fremder Nachrichtendienste gilt Informationen aus Wirtschaft, Verwaltung und Militär. Fremde Nachrichtendienste beobachten zudem Oppositionelle bzw. Regimekritiker aus den jeweiligen Heimatländern.

Ein wichtiges Beschaffungsziel der Dienste ist es auch, wirtschaftliche Vorteile zu erlangen und mit staatlicher Unterstützung und unter Anwendung

nachrichtendienstlicher Mittel den technologischen Abstand zu den führenden Industrienationen zu verringern.

Spionage wird auch mittels Internet betrieben. Dies ist effizient und birgt nur ein geringes Entdeckungs- und Verfolgungsrisiko. Die Bedrohung durch solche so genannten „electronic attacks“ ist nach wie vor hoch.

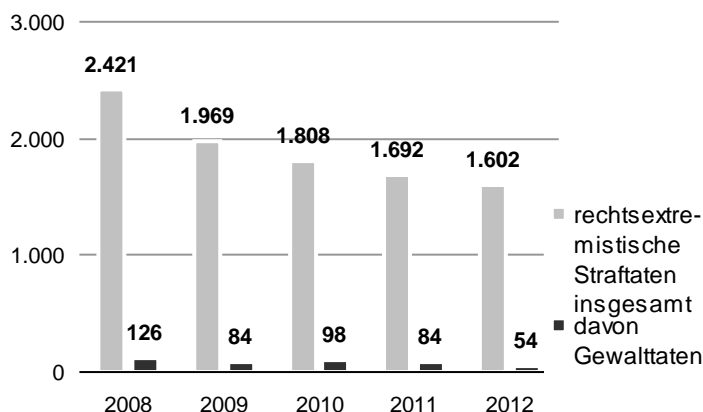
Das LfV Sachsen ist zur Aufklärung über bestehende Gefahren für die Wirtschaft u. a. im Rahmen des Präventionsangebotes „Sicheres Unternehmen“ beratend tätig geworden. Initiiert wurde das Angebot von der Polizei des Freistaates Sachsen und dem „Sächsischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V.“ (SVSW) mit Unterstützung des „Wirtschaftsjournals“. Es handelt sich dabei um ein kostenloses Beratungsangebot zum Schutz und zur Sicherheit von kleinen und mittleren Unternehmen.

Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Der seit einigen Jahren im Freistaat Sachsen feststellbare Rückgang der rechtsextremistischen Straftaten setzte sich im Jahr 2012 weiter fort. Mit 1.602 Delikten sank diese Zahl nochmals um ca. 5 % (2011: 1.692).

Auch die Anzahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte verringerte sich deutlich um ca. 36% auf 54 Taten (2011: 84). Der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremistischen Straftaten betrug damit im Jahr 2012 etwa 3 % (2011: ca. 5 %).

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren sind die gegen den politischen Gegner gerichteten Gewalttaten mit ca. 43 % auf unter die Hälfte aller rechtsextremistischen Gewalttaten gesunken (2011: 54 %, 2010: 58 %). Dabei fiel der Rückgang der konfrontativen Gewalt durch Rechtsextremisten im Jahr 2012 noch deutlicher aus als in 2011.

Die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte sank im Jahr 2012 geringfügig auf 22 (2011: 23). Ihr Anteil an den rechtsextremistischen Gewaltdelikten betrug damit ca. 41 % (2011: 27 %).

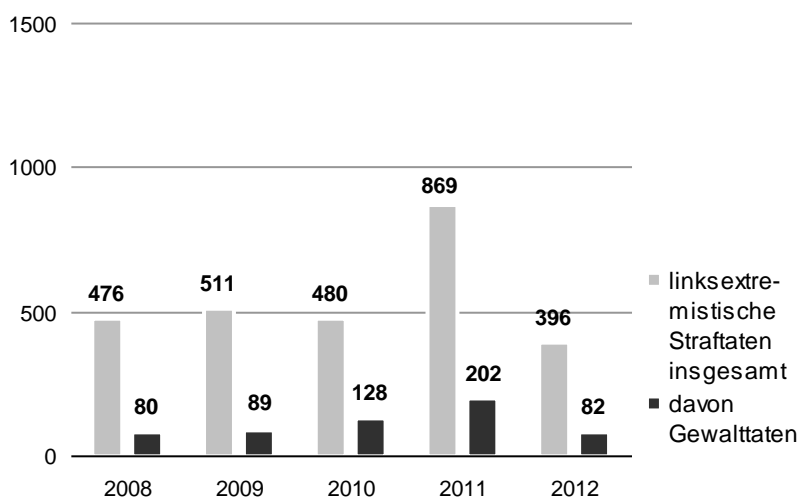
Regionale Schwerpunkte bei den rechtsextremistischen Straftaten waren auch im Jahr 2012 die Städte Dresden und Leipzig. Der Anteil der dort festgestellten rechtsextremistischen Straftaten beträgt sachsenweit ca. 23 %, wobei in beiden Städten ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war: in Dresden von 281 auf 189 (d. h. um ca. 33 %) und in Leipzig von 187 auf 178 (um etwa 5 %).

In Dresden wurden gegenüber den beiden Vorjahren zudem deutlich weniger rechtsextremistische Gewalttaten registriert. So wurden dort im Jahr 2012 sechs derartige Delikte verübt; im Jahr zuvor waren es noch 37 (2010: 20). Die meisten Gewalttaten (jeweils acht) wiesen die Städte Chemnitz und Leipzig auf, gefolgt von den Landkreisen Nordsachsen und Zwickau mit je sieben.

Im Jahr 2012 war im Freistaat Sachsen ein deutlicher Rückgang sowohl bei den linksextremistisch motivierten Straf- als auch bei den Gewalttaten zu verzeichnen.

So ging die Anzahl der Straftaten um ca. 54 % auf 396 Delikte (2011: 869) zurück. Die Anzahl der Gewaltdelikte verringerte sich um ca. 59 % auf 82 Fälle (2011: 202). Im Bereich Linksextremismus betrug der Anteil der Gewalttaten an den Straftaten ca. 21 % (2011: ca. 23 %) und ging damit leicht zurück.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Der deutliche Rückgang der linksextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahr 2012 in Sachsen steht im Zusammenhang mit den jährlichen Aktivitäten von Extremisten anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945. So kam es am

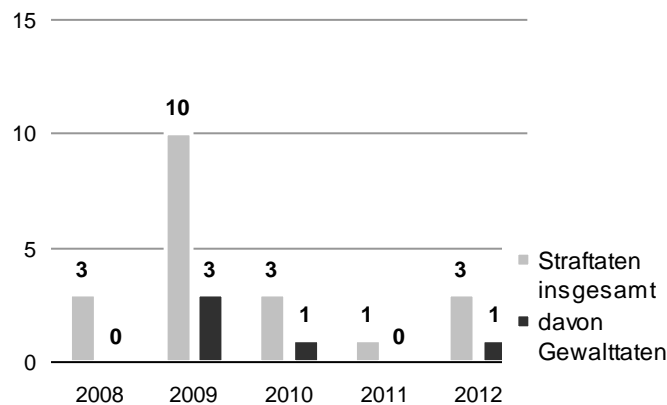
13. Februar 2012 im Umfeld des von Rechtsextremisten durchgeführten Trauermarsches nicht zu den massiven Gewaltausbrüchen von Linksextremisten wie noch im Vorjahr. Aufgrund von Blockaden von Aufmarschgegnern musste die Demonstrationsroute der Rechtsextremisten verkürzt werden, was von Linksextremisten als Erfolg gewertet wurde.

Mit 36 von insgesamt 82 linksextremistischen Gewalttaten wurden im Jahr 2012 deutlich weniger Gewalttaten verübt, die sich gegen den politischen Gegner richteten. Der Anteil dieser Delikte betrug damit ca. 44 % gegenüber etwa 76 % im Jahr 2011.

Im Jahr 2012 wurden drei Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund registriert (2011: eine). Bei einem dieser Delikte handelte es sich um eine Gewalttat (2011: keine).

Die Anzahl ausländerextremistischer Delikte im Freistaat Sachsen blieb weiterhin gering.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund



Eine der festgestellten Straftaten stand im Zusammenhang mit Spendensammlungen des Verantwortlichen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) für das Gebiet Sachsen.